Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 160. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 4. April 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Triest, 3. April. Nach Berichten aus Athen vom 29. v. Mts. ist ein auf den Inseln Santorin und Naxos ausgebrochener Aufstand, der durch dahin verbannte Offiziere hervorgerufen worden, von dem Dampfer „Amalie" unterdrückt worden. In Acarnanien wurde eine insurgirte Truppenabtheilung von der Bevölkerung festgenommen und in das vor Nauplia befindliche Lager geschickt. Auch in Kiparissi, Kalamata und Navarin haben Demonstrationen stattgefunden. Der Stadt Nauplia hatte General Hahn wieder das Wasser abgeschnitten.

In Athen sind die Kammern am 29. geschlossen worden, nachdem sie der Regierung zur Unterdrückung des Aufstandes einen außerordentlichen Kredit von einer Million Drachmen bewilligt hatten.

Hannover, 3. April. Aeußerem Vernehmen nach hat auch die Deputirtenkammer in ihrer heutigen vertraulichen Sitzung den Anschluß der hannoverschen Westbahn an die holländischen Bahnen genehmigt.

Petersburg, 3. April. Die „Senats-Zeitung" enthält ein kaiserliches Dekret, das die provisorische Reform der Polizei in Petersburg und Riga sanctionirt. In beiden Städten findet eine Vermehrung der Polizeimannschaften statt.

Triest, 2. April. Herr v. Lesseps ist hier angekommen.

[Neueste Ueberlandpost.] Dieselbe enthält Nachrichten aus Bombay, 12., Calcutta, 10. März, Singapore, 7. Februar.

Lord Elgin sollte sein Amt ungefähr am 10. antreten, Lord Canning allsogleich abreisen. In Calcutta, Bombay, Madras wurden Abschiedsadressen an denselben gerichtet. General Showers ist mit ausgedehnten Vollmachten am 2. d. nach Assam abgegangen, um die Ruhe herzustellen. Sir Grant wurde zum Gouverneur von Bombay ernannt. Der Rebellen-Anführer Zuriao Sing im Jhansi-Bezirke wurde getödtet. Nana Sahib soll sich in Nepaul herumtreiben. Die Molukken wurden in den letzten Dezembertagen durch vulkanische Ausbrüche heimgesucht. Die Insel Makian wurde ganz verheert. (W. Pr.)

Lissabon, 31. März. Es hat eine Umgestaltung des Ministeriums stattgefunden. Braancamp ist zum Finanzminister, Avila zum Bautenminister und Alves Martins zum Minister des Innern ernannt worden.

Paris, 1. April. Die „Patrie" kündigt Verstärkungen für Mexico an, was lebhafte Sensation erregt; man erwartet alles von Frankreich allein. — Eine englische Flottenabtheilung soll nach den Bermudas-Inseln abgegangen sein, wo bedeutend gerüstet wird, ohne daß der Zweck davon bekannt ist. (Hamb. Nachr.)

London, 2. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erlitt die Regierung, welche eine Herabsetzung der Feuerassecuranztaxe bekämpfte, eine kleine Niederlage, indem sich 127 Stimmen für und 116 Stimmen gegen die Herabsetzung aussprachen.

Newyork, 22. März. Eine Depesche versichert, Ypsey (?) sei in New-Orleans angekommen. An die Conföderirten sind zahlreiche Aufrufe ergangen, sich als Freiwillige zu stellen. Die Conföderirten haben Fredericksburg geräumt. — Aus Veracruz vom 7. März wird berichtet, die Engländer hätten sich bis auf 100 Mann eingeschifft.

Preußen.

Berlin, 3. April. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Hofgärtner Kindermann zu Schloß Babelsberg den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem bisherigen Attache bei der Gesandtschaft in Brüssel, Freiherrn von Landsberg, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs der Belgier Maj. ihm verliehenen Ritterkreuzes des Leopold-Ordens und dem Ober-Post-Director Lenz zu Erfurt zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen königlicher Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Hausordens vom weißen Falken zu ertheilen. (St.-A.)

△ **Berlin,** 3. April. [Die Convertirungs-Maßregel.] Die „Sternz." vertheidigt heute in einem offiziellen Artikel die Ansicht, daß zur Convertirung der Staats-Anleihen von 1850 und 1852 eine Genehmigung des Landtages nicht erforderlich sei. Bleibt die Zeit ruhig, so ist das richtig, weil dann eben eine Belastung des Staates nicht eintritt; wie aber öfter bereits hervorgehoben, ist wenigstens die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Maßregel für die Finanzen gefährlich werden kann; wie im Augenblicke die Verhältnisse liegen, glauben wir das allerdings nicht. Indem wir nun alles Geschwätz jenes offiziellen Artikels gegen „einen nach Skandal haschenden Theil der Oppositionspresse" füglich übergehen, da auch hier wieder die „Sternz." gegen ihre Ueberzeugung spricht, lassen wir den sachlichen Inhalt des Artikels wörtlich folgen. Er lautet:

„Dem einsichtigen Publikum gegenüber, dessen Vertrauen zur preußischen Finanzverwaltung ein eben so festes als wohlbegründetes ist (Gewiß — es fragt sich nur immer, in wessen Händen dieselbe ist.), erscheint es überflüssig, auf die Zurückweisung sophistischer Einwürfe hier ausführlich eingehen. Nur darauf wollen wir nochmals hinweisen, daß nach Lage unserer Gesetzgebung und nach dem Vorgange vom Jahre 1851 ein begründeter Rechtseinwand gegen das Verfahren der Regierung von sachkundiger Seite nicht erhoben werden konnte. Auch die nachträgliche Genehmigung des Landtages ist von der Verfassung nur für Etats-Ueberschreitungen, nicht für Ersparnisse vorbehalten. Wenn aber die Anordnung des Herrn Finanz-Ministers gesetzlich vollkommen zulässig war, so wird eine Mitwirkung der Landes-Vertretung gewiß nicht dadurch nothwendig, daß für den Uebergang der zum Pariwerth gelieferten Schuldverschreibungen in die Hand von Gläubigern, welche den herabgesetzten Zinsfuß annehmen, im Voraus Sorge getragen ist. Um für eine so einfache Operation die Geltung einer an die Zustimmung der Landesvertretung gebundenen Finanzmaßregel in Anspruch zu nehmen, mußte man zu der Fiktion greifen, daß hier die Rückzahlung eines Staatsanlehens und die Aufnahme einer neuen Anleihe, wenn auch vermittelst der alten Schuldverschreibungen, stattfinde. Die scharfsinnige Beweisführung übersieht nur, daß hier das materielle und wesentliche Merkmal der vorausgesetzten Transactionen fehlt. Zu einer wirklichen Rückzahlung gehört eine entsprechende Aufwendung von Staatskapitalien; die Aufnahme eines Darlehns führt dem Staat flüssige Mittel gegen Vermehrung seiner Schuldenlast zu, und deshalb sind solche Operationen mit Recht an die Zustimmung der Landesvertretung gebunden. Hier handelt es sich aber um ein Geschäft, das Zug um Zug erfolgt, ohne der Staatskasse Baarmittel zu entziehen und ohne die Schuldenlast des Staates zu vermehren. Bei einer solchen Maßregel ist die Mitwirkung des Landtages ebensowenig geboten, als bei den täglichen Börsen-Umsätzen, die oft große Massen von Staatspapieren aus einer Hand in die andere führen. Mit bedenklicher Miene hat man auf die Gefahr hingewiesen, welche bei der Ausführung der Conversion aus möglichen politischen Störungen erwachsen könnte. Nun ist es zwar richtig, daß ein Finanzminister ebensowenig den Tages-Ereignissen und den Constellationen der Zukunft gebieten kann, als er über Sonnenschein und Regen verfügt. Aber es genügt in den Augen aller sachkundigen und gerechten Beurtheiler, wenn eine Finanz-Maßregel in den vorliegenden Verhältnissen ihre ausreichende Rechtfertigung findet. Da der Stand des allgemeinen Zinsfußes selbst Privat-Unternehmungen veranlaßt, bei der Zinsgewährung ihrer Schuldverschreibungen auf vier Procent herabzugehen, so darf die Finanz-Verwaltung mit Recht mindestens das gleiche Niveau des öffentlichen Vertrauens für sich in Anspruch nehmen; sie darf eine Maßregel nicht verzögern, welche dem Ausgabe-Etat der Staatskasse, und mithin den Steuerkräften des Landes, eine Erleichterung sichert. Der Hinweis auf mögliche Störungen, welche die Zukunft herbeiführen könnte, bildet daher nur ein Argument zu Gunsten des Herrn Finanzministers, insofern es eine Rechtfertigung des beschleunigten Verfahrens in sich schließt. Was endlich die Besorgniß betrifft, daß die Zinsherabsetzung die Staatsgläubiger scheu machen und den Staatskredit gefährden werde, so wollen wir zur Beruhigung einstweilen nur die Thatsache anführen, daß dem Vernehmen nach ganz neuerdings angesehene Bankhäuser an die Finanz-Verwaltung das Anerbieten gerichtet haben, Staats-Anleihen zum Zinsfuße von 4 Prozent zu übernehmen, ein Anerbieten, von welchem der Staat Gebrauch zu machen selbstverständlich nicht in der Lage war."

** **Berlin,** 3. April. [Hört! Hört!] Die „Sternz." erklärt heute offiziell, daß die Beamten stimmen können, wie sie wollen, ganz nach ihrer Ueberzeugung. Sie sagt wörtlich: „Der Jagow'sche Ministerialerlaß ist weit entfernt, einen unzulässigen Eingriff in die gesetzliche Wahlfreiheit der Beamten zu versuchen." Und an einer zweiten Stelle: „Wenn den Beamten eine Betheiligung an regierungsfeindlichen Wahlagitationen nicht gestattet werden darf, so kann ihnen auf der andern Seite nicht verwehrt werden, von ihrem Wahlrecht nach ihrer freien Ueberzeugung Gebrauch zu machen. Es liegt der Staatsregierung gewiß fern, in dieser Beziehung irgend eine Nöthigung auf ihre Beamten ausüben zu wollen. Sie überläßt es lediglich dem Patriotismuß der Beamten, welchen Gebrauch sie von ihrem gesetzlichen Wahlrecht machen wollen." Endlich an einer dritten Stelle: „Es ist den Beamten nicht verboten, bei den Wahlen für andere Candidaten, als für Anhänger der Regierung zu stimmen." Was soll aber dann in dem Erlaß des Vice-Präsidenten der breslauer Regierung, Hrn. v. Prittwitz, die Stelle: „Die Staatsregierung wird auf das demnächstige thatsächliche Verhalten der Beamten bei den Wahlen auch noch fernerhin besonders aufmerksam sein?" Zum „thatsächlichen Verhalten" gehört vorzugsweise die Wahl selbst, und ohne Zweifel ist das „thatsächliche Verhalten" ein weit dehnbarerer Begriff, als „Betheiligung an den Agitationen". Was sollen ferner die landräthlichen Schreiben, in denen geradezu gesagt wird, weder sogenannte Verfassungstreue, noch Fortschrittsmänner, noch Demokraten zu wählen. Wir bitten das offizielle Organ des Ministeriums um Antwort darauf.

Köln, 2. April. [Se. königl. Hoheit der Kronprinz] langte, wie die „K. Bl." melden, gestern Abend um 10 Uhr mittelst Schnellzugs der Rheinischen Bahn von Karlsruhe hier an, wurde durch den Herrn Stadt-Kommandanten und den Hrn. Regierungs-Präsidenten v. Möller empfangen und begab sich in Begleitung des Letzteren nach dem Regierungsgebäude, wo er übernachtete. Heute Früh halb 8 Uhr begab sich Se. k. Hoheit per Extrapost nach Jülich, zur Besichtigung der neuen Unteroffizierschule, und wird vonda, ebenfalls per Extrapost, nach Aachen gehen, wo seine hohe Gemahlin gegen halb 3 Uhr von Brüssel resp England eintrifft. Zur Reise nach Düsseldorf, woselbst das hohe Paar zunächst und zwar im Breitenbacher Hofe übernachten wird, wird dasselbe sich der Aachen-Düsseldorfer Bahn bedienen.

Frankreich.

Paris, 1. April. [Zur Tagesgeschichte.] Es sind wieder Ministerwechsel-Gerüchte in Umlauf, doch darf darauf kein Gewicht gelegt werden. Fould, sagt man, werde sein Finanz-Portefeuille an Herrn Vuitry abgeben und selbst, an Walewski's Stelle, Staatsminister werden, welcher letztere Herrn Thouvenel zu ersetzen bestimmt sei.

In der Dupont'schen Druckerei wurden dieser Tage 23 Setzer verhaftet, weil sie sich gegen die Absicht des Prinzipals, das Setzen durch weibliche Hände besorgen zu lassen, mit Gewalt aufgelehnt hatten. Sie haben jetzt eine Bittschrift an den Minister des Innern gerichtet.

In Alexandria erwartet man am 29. März das Eintreffen der japanischen Gesandtschaft, welche für Paris und London bestimmt ist. Der erste Gesandte führt den liebenswürdigen Titel: Take-no-Utschi-Simodruke-no-Kami. Das gesammte Personal der Gesandtschaft besteht aus 32 Offizieren und Dienern.

Der Prinz Napoleon wird sich noch im Laufe der Woche in Begleitung mehrerer Mitglieder der französischen Preis-Jury nach London begeben. Dagegen beabsichtigt der Kaiser, seinen Ausflug nach der Themsestadt, welcher anfänglicher Bestimmung zufolge zur Eröffnung der Ausstellung am 15. Mai stattfinden sollte, bis um Mitte Juni zu verschieben. — Das Gerücht einer außerordentlichen Sendung des züricher Friedensstifters, Barons v. Bourqueney, nach Rom gewinnt in meist trefflich unterrichteten Kreisen an Bestand; doch soll Hr. v. Bourqueney selbst bis jetzt wenig geneigt sein, eine solche Mission anzunehmen. Wie es heißt, hätte Hr. v. Lavalette am Tage vor seiner Abreise eine sehr heftige Auseinandersetzung mit dem Grafen Merode gehabt.

Paris, 1. April. Im letzten Ministerrathe hat man sich über die Feststellung des Effektivbestandes der Armee geeinigt. Der Kaiser hat sich dahin entschieden, daß permanent 400,000 Mann disponibel sein müssen, abgesehen von den durch Krankheit und sonstige Ursachen entstehenden Ausfällen, die man in der französischen Armee auf 6—10 pCt. des Nominalbestandes anschlagen kann. — Marschall Niel und Marschall Canrobert, die seit der Schlacht von Solferino her sich offen feindselig gegenüberstanden, haben sich endlich auf Betreiben des Kaisers ausgesöhnt. Sie speisten gestern zusammen in den Tuilerien. Wie man vernimmt, dürfte Marschall Niel jetzt bald zum Kriegsminister ernannt werden. Die Feindschaft mit Canrobert soll bisher ein Hauptthinderniß seines Eintrittes in das Cabinet gewesen sein.

Großbritannien.

London, 1. April. [Unterhaus-Sitzung vom 31. März.] Sir F. Smith lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf das Seegefecht zwischen dem „Merrimac" und dem „Monitor", und meint, es würde in Folge der Ergebnisse des Kampfes vielleicht rathsam sein, den Bau einiger der beabsichtigten Forts zu Spithead so lange einzustellen, bis der Werth gepanzerter Kanonenboote für die Vertheidigung der englischen Häfen und Rheden reiflich erwogen worden sei. Layard ist der Ansicht, daß eine Verminderung der Ausgaben in den englischen Schiffswerften unmöglich sei, wenn man sich nicht dazu entschließe, bloß eiserne Kriegsschiffe zu bauen. Gregory und Sir J. Hay sprechen gleichfalls für eine Einstellung der Festungsbauten zu Spithead. Sir G. Lewis bemerkt, es kämen hier zwei Fragen in Betracht, zuvörderst nämlich, ob es wünschenswerth sei, mit dem Bau der Festungswerke von Spithead inne zu halten, und sodann, ob die ganze Beschaffenheit der englischen Kriegsflotte einer Umwandlung zu unterwerfen sei. Was Letzteres angehe, so warne er das Haus davor, sich gegenwärtig auf eine so umfassende Discussion einzulassen. Das practische Resultat der vorgeschlagenen Revolution im Wesen der Kriegsflotte könnte leicht ein Supplementar-Budget von 10 bis 15 Mill. Pfd. sein. Die erste Frage sei identisch mit der dem Landesvertheidigungs-Ausschusse vorgelegten. Dieser Ausschuß habe sein Gutachten dahin abgegeben, daß der beste Vertheidigungsplan ein combinirtes System von Forts und Panzerschiffen sei. Habe man irgend etwas gelernt, das man nicht schon früher gewußt habe und das geeignet sei, diese Ansicht umzustoßen? Auf Grund von Nachrichten, die er erhalten habe, sei er geneigt zu glauben, daß der Kampf zwischen den beiden amerikanischen Schiffen wenig neues Licht auf die Frage von den Fähigkeiten der Panzerschiffe werfe. Doch erwarte er, daß der Scharfsinn der Ingenieure sich dadurch angespornt fühlen werde, auf die Erfindung von Maschinen zu sinnen, die im Stande seien, solche Schiffe, wenn sie die englischen Küsten angriffen, zu zerschmettern, und er hoffe, daß es ihnen bald gelingen werde, dieses Resultat zu erzielen. Bright fühlt sich durch die Worte des Kriegsministers nicht befriedigt. Es sei, meint er, einigermaßen der Beweis geliefert, daß Batterien außer Stande sein würden, Panzerschiffe, wie den Monitor, am Einlaufen in den Hafen von Portsmouth zu verhindern. Man müsse sich daher fragen, ob es recht sei, noch mehr Geld für Festungswerke zu verausgaben, die sich schließlich doch vielleicht als nutzlos erweisen würden. Man dürfe vom Schatzkanzler wohl verlangen, daß er im Cabinet den Vorschlag unterstütze, dem Volke nicht die zwecklose Verausgabung von Millionen zuzumuthen. Auch Osborne spricht gegen die Forts und verlangt, daß man deren Bau so lange einstelle, bis man wisse, ob sie im Stande seien, sich gegen Panzerschiffe zu wehren. Sir J. Pakington bedauert gleichfalls, daß die Regierung bei ihrer Absicht, Forts zu errichten, beharrt. Lord C. Paget entgegnet, Sir G. Lewis habe nichts weiter gesagt, als daß man noch nicht genug über die Fähigkeiten von Panzerschiffen wisse, um berechtigt zu sein, einen nach reiflichster Ueberlegung gefaßten Plan wieder aufzugeben. Das Gefecht jenseit des atlantischen Meeres habe nichts bewiesen, was man nicht schon vorher gewußt habe, und Forts seien jedenfalls stärker, als Schiffe. Coningham protestirt aufs stärkste dagegen, daß man Geld an den Bau von Forts verschleudere. — Hubbard klagt darüber, daß die Regierung die türkische Anleihe unterstützt, ja gewissermaßen garantirt und so den Grund zu Forderungen gelegt habe, die dereinst an sie gestellt werden könnten. Lord Palmerston bemerkt, Earl Russell habe in dieser Angelegenheit, welche die financielle Lage einer befreundeten Macht berühre, an deren Wohlfahrt England ein tiefes Interesse nehme, mit großer Umsicht gehandelt. So lange nicht den türkischen Finanzen aufgeholfen sei, werde der Sultan unmöglich jene socialen, financiellen und religiösen Reformen durchführen können, um deren Verwirklichung es ihm zu thun sei. Wenn die Türkei ein unabhängiges und commercielles Land werde, daselbst eine starke und tüchtige Regierung gegründet sei, so werde sie sehr viel zum Frieden Europas beitragen, und wenn die englische Regierung zur Förderung dieses Zweckes beitrage, so thue sie nur ihre Pflicht. — Als Antwort auf eine Interpellation Stansfield's in Betreff der Suttorina bemerkt Layard, es seien vor Kurzem von den Insurgenten der Herzegowina zwei Batterien in der Suttorina errichtet worden. Da den Oesterreichern nun natürlich daran gelegen gewesen sei, daß die ihnen sonst offen stehende Communication zwischen Ragusa und diesem schmalen Streifen türkischen Gebietes keine Unterbrechung erleide, so hätten sie Luka Vukalovich, dem Führer der Aufständischen, sagen lassen, wenn die Batterien nicht innerhalb einer bestimmten Frist weggeräumt seien, so würden sie die Sache selbst in die Hand nehmen. Die Batterien seien nicht weggeräumt worden und so seien denn die Oesterreicher mit Wissen der türkischen Regierung einmarschirt, hätten die Batterien zerstört und dieses Hinderniß vom Wege fortgeschafft. Eine Verletzung des türkischen Gebiets dürfe man darin nicht erblicken. Sobald der erwähnte Schritt gethan, hätten sich die österreichischen Truppen wieder auf österreichisches Gebiet zurückgezogen. Die britische Regierung sei durch die österreichischerseits gegebenen Erklärungen zufriedengestellt worden. Der Vorfall habe seinen Ursprung in außerordentlichen Verhältnissen, die wohl so leicht nicht wiederkehren dürften.

Belgien.

Brüssel, 2. April. [Reise der Kronprinzessin von Preußen.] Ihre königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin von Preußen ist heute auf ihrer Durchreise nach Berlin hier eingetroffen. Ihre königl. Hoheit war begleitet von der Frau Herzogin von Brabant, dem Grafen von Flandern, so wie von den hier residirenden preußischen und englischen Gesandten. Die Frau Kronprinzessin wird im Laufe des heutigen Morgens ihre Weiterreise antreten.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau,** 3. April. [Wahl-Verein.] Die heutige Versammlung des Wahlvereins der Fortschrittspartei war von ca. 500 Mitgliedern besucht. Eröffnet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden, Hrn. Justiz-Rath Simon, mit der Anzeige, daß das Mandat des am 11. April v. J. gewählten Vorstandes abgelaufen sei, und er daher anheimstelle, eine Neuwahl vorzunehmen. Auf Antrag des Hrn. Schadow, der hervorhob, daß der Vorstand bis jetzt im strengsten Sinne des Worts seine Pflicht und Schuldigkeit gethan, und daß man ihm zu besonderem Danke verpflichtet sei, nachdem er ein Jahr erfolgreicher Wirksamkeit zurückgelegt, die gegenwärtige Zeit aber gar nicht angethan findet, sich mit der Wahl eines neuen Vorstandes einzulassen (Bravo), zumal er keinen bessern finden zu können glaubt, als den jetzigen, wurde dieser mittelst Acclamation einhellig wieder gewählt, und ihm der Dank durch allgemeines Aufstehen zu erkennen gegeben.

Hr. Justizrath Simon sagte im Namen des Vorstandes Dank und fügte hinzu: er selbst würde, wenn die letzten Ereignisse nicht eingetreten wären, sein Amt niedergelegt haben, da seine geschäftliche Stellung eine so außerordentlich umfassende, daß es ihm schwer sei, den Vorstandspflichten zu genügen. Nachdem aber die Ereignisse sich gestaltet, wie sie sich gestaltet, glaube er es sich und der Sache und dem Verein schuldig zu sein, daß er bleibe. Der Redner fuhr fort: Wir müssen uns zunächst klar werden über unser Verhalten zu den letzten Ereignissen und zu den Wahlerlassen der Regierung. Was den ersteren Punkt anlangt, so ist der Zweck unseres Vereins im § 1 der Statuten ausgedrückt, auf die Wahl geeigneter Persönlichkeiten als Wahlmänner und Abgeordnete hinzuwirken, die entschieden und zuverlässig im volksthümlichen Sinne stimmen werden. In diesem Zweck hat sich nicht nur nichts geändert, sondern wir finden uns jetzt noch um so mehr bestimmt, daran festzuhalten. Als der Wahlverein sich constituirte, waren die Mitglieder sämmtlich Anhänger der demokratischen Partei. Damals war der Name „Wahlverein" etwas ganz Argloses, weil noch nicht ein anderer derartiger Verein hier am Orte existirte. Seine Grundbestandtheile haben sich indeß insofern geändert, als je näher die Wahlen kamen, man es destoweniger an der Zeit fand, die Gegensätze zwischen Demokraten und Constitutionellen sich einander schroff gegenüber treten zu lassen, sondern alle Elemente der liberalen Partei waren bald vereinigt, in der deutschen Fortschrittspartei gegen die Reactionäre der Feudalpartei, welche damals annahm, die ihr 1858 entwundene Herrschaft in Preußen wieder erlangen zu können. Veranlassung zu den verschiedenen Hoffnungen für die liberale Partei bot die königliche Proklamation aus jenem Jahre, welche bekanntlich vorzugsweise das Volksthümliche und Verfassungsmäßige betonte. Der Fortschrittspartei war auch eine Anzahl „Verfassungstreuer" hinzugetreten, so daß sie beide Schattirungen des Liberalismus repräsentirte. So verhielt sich die Sache Anfangs. Wie bekannt war das Resultat der vorigen Wahlen, daß die Fortschrittspartei fast die Mehrheit im Abgeordnetenhause hatte, und die Auflösung desselben erfolgte. Durch die Auflösung wurde ein verfassungsmäßiges Recht seitens der Krone ausgeübt, ebenso sind die von dem Ministerium ausgeschriebenen Neuwahlen der Verfassung entsprechend. Bezüglich der Differenz sind jetzt Alle einig, daß nicht etwa der Hagensche Antrag und der darüber gefaßte Beschluß die Ursache, sondern nur die nächste Veranlassung waren, die Ansicht zu bethätigen, daß mit einem Abgeordnetenhause dieser Schattirung sich nicht regieren lasse. Man sprach dies näher dahin aus, daß beabsichtigt worden sei, die Rechte der Krone zu Gunsten einer parlamentarischen Regierung zu schwächen. Hierin liegt ein doppelter Irrthum. Die Verfassung kennt Rechte der Krone und Rechte der Volksvertretung; beide sind in den betreffenden Artikeln sehr umständlich auseinandergesetzt. Nachdem Redner die Artikel verlesen, fuhr er fort: Was heißen denn alle diese Bestimmungen anders als „parlamentarische Regierung." Es muß also die Fortschrittspartei jenen

Vorwurf entschieden zurückweisen, namentlich aber auch das Beiwörtchen „sogenannte" (parl. Reg.), denn nach den Verfassungsbestimmungen besteht in Preußen bereits wirklich eine „parlamentarische Regierung" (Bravo).

Von einer Beschränkung der Rechte der Krone ist niemals die Rede gewesen. Dieser Vorwurf geht auch nur von einer gewissen Richtnng der conservativen, der reactionären Partei aus. — Der Redner wendete sich nun zu den Parteiverhältnissen. Mit dem Namen Fortschrittspartei befinden wir uns sehr wohl (Bravo). Was die Verfassungstreuen anlangt, so sagen sie: Wir wollen ja auch den Fortschritt. Aber wir fragen sie: Wie kommt Ihr dazu, Euch Verfassungstreue zu nennen, wir sind es ja auch, sowie Alle, welche auf dem Boden der Verfassung stehen. Indessen die Geschichte zeigt, daß sich bei politischen Parteigruppirungen oft die sonderbarsten Namen herausgebildet haben, die man auch anerkennen muß. Nur der Theil der conservativen Partei, der wirklich nicht verfassungsmäßig denkt, ist im Nachtheil, weil bei ihm jeder gleich an die Feudalen denkt. Die neue Kennzeichnung der „sogen. parlam. Regierung" und das Verschulden der Fortschrittspartei ist ein sehr verbreiteter Irrthum bei unseren Gegnern, namentlich bei der ausübenden Gewalt und bei der Krone. — Es kann dies auch nicht Wunder nehmen, denn die Gegenwart wird noch häufig verwechselt mit der Zeit des absoluten Staates, wo alles Streben noch auf die Herbeiführung einer parlament. Regierung gerichtet war. Man kann dies eben kein Unglück nennen. Rom ist nicht in einem Tage erbaut worden, und man darf nicht erwarten, daß in dem kurzen Zeitraum von 12 Jahren jeder Gedanke einer Verfassung und bei jedem einzelnen Organe des Staates und seiner Regierung zur Wahrheit werde. Nöthigerweise drängt sich die Frage auf: Wie hat sich die Fortschritts-Partei zu verhalten? Leider ist es nicht bei dem Irrthum geblieben, daß sie nicht immer der Verfassung entsprechend handle, sondern man hat die Sache persönlich genommen. Schon vor den letzten Wahlen hat man den Demokraten vorgeworfen, daß es ihnen an Patriotismus fehle, den sie aber mit Recht ebenso für sich in Anspruch genommen, wie jede andere Partei. Jetzt geht man weiter und sagt, die Mitglieder der Fortschrittspartei seien maßlos in ihren Anforderungen. Sie unterschied sich in der letzten Session des Abgeordnetenhauses und bei allen Bestrebungen nur durch das Maß von den Alt-Constitutionellen. Aber das Maßhalten ist ein sehr relativer Begriff, wer will darüber aburtheilen? Es bleibt Jedem nun überlassen, darin nach seiner freien Ueberzeugung zu handeln. Niemand ist berechtigt, feindlich gegen die Rechte des Volkes aufzutreten, wegen angeblich gefährdeter Sicherheit der Regierung oder anderer Rechte. Andererseits sind die jetzigen Erscheinungen wohl zu erklären, und es ist stets vorgekommen, daß, wenn eine alte Zeit Abschied nahm, die Gegensätze schroffer hervortraten, bis die Zeit sie wieder milderte. Es ist gar nicht zu befürchten, daß jemals in dem Maße zu weit gegangen werde, wenn nur der Boden der Verfassung festgehalten wird. Nehme man an, 2—3mal werden Kammern aufgelöst, in welchen die Fortschrittspartei die Majorität hat, und das Recht dazu hat die Regierung, so geht das Staatsschiff weiter. Endlich aber wird sich die Regierung doch nicht der Ueberzeugung verschließen können, daß das, was so entschieden und so nachhaltig von den verfassungsmäßigen Vertretern des Volkes verlangt wird, seine Begründung haben muß. (Bravo.) Die öffentliche Meinung ist eine Macht, der sich auch die Regierungsgewalt auf die Dauer nicht entziehen kann. Wir zagen nicht, wenn sich auch Vieles dem Fortschritte entgegenstemmt; denn das ist naturgemäß. Dafür haben wir eben freie Wahlen, bei welchen die wahre Meinung zu Tage treten kann. Allerdings ist eine zeitweise Beeinflussung möglich, aber der Geist läßt sich einmal nicht für immer zurückdrängen (Bravo). Indem der Redner noch des Vorwurfs gedachte, daß die Fortschrittsmänner Feinde des Königs und des Königthums seien, erklärte er unter Applaus: Solche Vorwürfe weisen wir als Verdächtigungen einfach zurück! und ging dann zur Beleuchtung der verschiedenen Proklamationen und Erlasse über. Zunächst ist es auffallend, daß manche Organe die Tragweite jener noch weit überschritten haben, namentlich geschah dies in einigen landräthlichen Kreisblättern. In diese Kategorie gehört auch das landeshuter Kreisblatt, das sich u. A. über die Wahlagitation ausdrückt: „sei es unter dem Namen der Verfassungstreuen oder der Fortschrittspartei." (Lebhafte Heiterkeit und Bravo.) — Betreffend das Verhalten zu der hiesigen verfassungstreuen Partei, so ist kein Zweifel darüber, daß, wie die Dinge jetzt stehen, sämmtliche Fractionen der liberalen Partei nur ein Ziel haben und verfolgen. Vor 10 bis 12 Jahren waren die Demokraten geächtet, die Zeit gehört der Geschichte an, und man kann unbefangen darüber sprechen. Damals genirten sich die Constitutionellen nicht, der Regierung um jeden Preis beizustehen, um, wie sie sagten, die Regierung erstarken zu lassen, und die Ordnung herstellen zu helfen. Nachdem sie ihre Schuldigkeit gethan, wendeten sich die Maßregeln gegen sie selbst, und der Erste aus ihrer Mitte, der aus Berlin ausgewiesen wurde, war der jetzige Prof. Weil in Halle, damals Redacteur der „Constit. Ztg.", die zu jener Zeit eine Macht war. Redner wendete sich nun zu dem Wahl-Manifest des Ministers des Innern, und erklärte: daß eine Partei da sein sollte, die von Anfang an rechtlos, dagegen werden wir uns stets verwahren. Der Minister erwartet eifrige Unterstützung seitens der Beamten. Diese haben in ihrer bei weitem größten Mehrzahl drei verschiedene Systeme durchgemacht: das tief reactionäre unter Manteuffel, das liberale auf der Basis des königl. Manifestes vom November 1858, und das jetzige Ministerium, von dem wir wenig mehr haben als seine Wahl-Erlasse. Der Mann kann doch nicht jeden Tag seine Ueberzeugung ändern! (Lebhafte Sensation.) Aus dem Wortlaut des Erlasses ist zu folgern, daß das Ministerium Enthaltung von den Wahl-Agitationen auch nur erwartet; von preußischen Beamten glaubt man aber erwarten zu können, sie werden lediglich nach ihrer Ueberzeugung stimmen. (Bravo.) Ein schwierigerer Punkt ist der mit dem Eid, der vom Redner mit juristischer Schärfe erörtert wurde. Er findet in dem Art. 108 der Verfassung, worin es heißt: „Der Beamte gelobt Treue und Gehorsam dem Könige, und gewissenhafte Beobachtung der Verfassung" ein Dilemma, weil der König nicht ausdrücklich als ein verfassungsmäßiger bezeichnet ist. Man kann allerdings die Verfassung so auslegen, daß jedes Organ nur als ein verfassungsmäßiges gedacht werden kann, sie kann aber auch wörtlich ausgelegt werden. Ferner sagte er: Ist es denn wirklich so, daß die Fortschrittspartei so gefährlich sei? Nein, sie erhebt ihre warnende Stimme, und hätte die Krone Vertrauen zu ihr, so wäre jetzt nicht die Wahl zwischen Eid und Stimme. So wenig sich die Liebe erzwingen läßt, so wenig das Vertrauen; von dem ich es verlange, muß es mit siegender Gewalt errungen werden. Denen aber, die uns mißverstehen, rufe ich zu: „Ihr irrt Euch in uns, in dem Patriotismus der Fortschrittspartei. (Anhaltendes Bravo.) Prinzipielle Opposition liegt auch uns fern, und wir werden liberale zweckmäßige Vorlagen des Ministeriums nicht minder unterstützen wie Andere.

Noch einmal auf die Beamtenfrage zurückkommend, bemerkte der Redner: Ist das Wahlmanifest eine Wahrheit, wie man es von einem preuß. Minister nur voraussetzen kann, so sind die Beamten nicht beeinflußt. (Sensation.) — Mit kräftigen Worten protestirte der Redner gegen die in dem Erlaß ausgesprochene Verdächtigung der Fortschrittspartei, unter allgemeinster lebhafter Zustimmung. Schließlich erörterte er die Hoffnungen und Wünsche für eine eventuelle Einigung aller Elemente der liberalen Partei, wie solche in Stettin, Königsberg, Danzig, in der Rheinprovinz, Westfalen, zum großen Theil auch in Berlin bestehe. In geschäftlicher Hinsicht theilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand für die Wahlzwecke sich bereits verstärkt habe, und weitere Vorschläge von Vertrauensmännern täglich im Wahlbureau (Albrechtsstr. Nr. 11) entgegennehme. Zugleich forderte er zu eifriger Thätigkeit in den Bezirken auf, und glaubte mit Zuversicht die Erwartung aussprechen zu können, daß die Partei diesmal, selbst ohne Coalition, hier den Sieg davon tragen werde. Leider war Hr. Dr. Stein durch plötzliches Unwohlsein verhindert, in der Versammlung zu erscheinen, und wie er beabsichtigt, über die Stellung zu der hiesigen liberal-constitutionellen Partei zu sprechen. Hierauf referirte Hr. Laßwitz über die Zunahme der Mitgliederzahl (S. das letzte Morgenblatt) und folgerte daraus, für die Partei wäre die volle Majorität wahrscheinlich. Mit Bezug auf die königl. Proklamation, sowie auf Deutschland und das Ausland erörte er kurz den Wahlerlaß des Ministers d. I. Auf einen warm befürworteten Vorschlag des Hrn. Dr. Eger soll vor den Wahlen noch eine allgemeine Urwähler-Versammlung stattfinden. Dagegen wurde die Abhaltung von Bezirks-Versammlungen nach jeweiligem Bedürfniß und Zweck, dem Vorstande, resp. den Vertrauensmännern anheimgegeben.

Breslau, 4. April. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Sonnen-Straße Nr. 33 ein brauner kattunener Frauenunterrock; auf der breslau-ölser Chaussee, muthmaßlich zwischen Hundsfeld und der Chaussee-Hebestelle bei Langenwiese, von einem Wagen aus einem Collis, zehn Dutzend bunte kattunene Halstücher, ein Dutzend bunte Taschentücher, ein Stück Junker-Imprimé, ein Stück Fustian, ein Stück Chinchilla und ein Stück Parchent; Gartenstraße Nr. 30a eine Summe Geldes im Betrage von über drei Thaler; einem Dienstmädchen, angeblich während der Fahrt mit der posener Eisenbahn oder beim Aussteigen aus dem Waggon, ein braunledernes Portemonnaie mit Stahlschloß und vierzehn Thaler Inhalt, worunter ein Zehn-Thaler-Kassenschein und ein Zweithalerstück; Junkernstraße Nr. 35 drei silberne Kaffeelöffel, am Stiele mit einem Gepräge in Form eines Manneskopfes versehen; Tauenzien-Straße Nr. 62 eine Anzahl zum Theil bereits bezahlte, zum Theil noch nicht fällige Wechsel, im Gesammtbetrag von 3434 Thl., ferner 323 Thlr. in Banknoten à 25 Thlr., ein Beutel mit 20 Thlr. in 1/1 Thalerstücken, ein Dutzend silberne Messer und Gabeln, im Werthe von 40 Thlr., 20 Stück silberne Eßlöffel im Werthe von 35 Thlr., ein Dutzend silberne Kaffeelöffel im Werthe von 5 Thlr., eine silberne Lichtscheere im Werthe von 3 Thlr., eine goldene Ankeruhr ohne Glas im Werthe von 30 Thlr., eine goldene wiener Cylinder-Damenuhr im Werthe von 40 Thlr., ein Paar goldene Ohrringe alter Façon mit Kranz und Flittern im Werthe von 10 Thlr., fünf bis sechs Stück diverse goldene Ringe, davon drei Stück mit Steinchen verziert, und drei Stück silberne Schaumünzen, von welchem eine die Jahreszahl 1695 trägt; Friedrich-Wilhelmstraße 3, ein Kutschermantel von hellfarbigem Tuch mit weißen Knöpfen, auf welchen sich ein W. mit einer Krone befindet, ferner ein schwarzer Düffelrock, zwei schwarze Tuchröcke, zwei Paar schwarze Bukskinghosen, ein Paar schwarz und weiß geköperte Tuchhosen, eine schwarze Sammet-, eine schwarze Tuch- und eine graue Zeugweste, ein bunter Shawl, ein schwarzer Schlips, ein schwarzes Halstuch, ein leinenes Hemd, ein weißes Vorhemdchen, ein schwarzer Hut, zwei schwarze Tuchmützen, eine graue Bukskinmütze, ein schwarzseidener Regenschirm mit eisernem Gestell, und zwei Stück graue, mit Leinwand gefutterte Pferdedecken mit blauem Bande eingefaßt und gezeichnet A. M.; Tauenzienstraße 12, ein ca. 2 Ellen langes kupfernes Wasserleitungs-Rohr, durch Abbrechen desselben vom Druckständer.

Polizeilich mit Beschlag belegt wurden: ein Frauenhemde, gez. M. H. 29 und ein Paar Strümpfe, gez. M. H. 41.

Verloren wurden: zwei Bons von niederschlesisch-märkischen Eisenbahn-Aktien Nr. 10340 und 71559 à 2 Thaler.

Gefunden wurden: eine Kassenanweisung von einem Thaler und eine Taschenuhr.

[Feuersgefahr.] Am 3ten d. M., Vormittags gegen 9 Uhr, gerieth Nikolaistraße Nr. 20 die Düngergrube im Gehöfte, muthmaßlich in Folge Hineinschüttens von noch nicht vollständig erloschener Asche in Brand. Das Feuer wurde durch die Hausbewohner gelöscht.

Angekommen: Se. Excellenz Appellations-Gerichts-Präsident a. D. von Franckenberg aus Nieder-Schüttlau. Kaiserlich königlicher Hofrath von Passing aus Wien. Seine Durchlaucht Fürst Schakoffsky aus Petersburg. (Pol.-Bl.)

Breslau, 26. März. [Personal-Chronik.]

b. Bei der mit dem 1. Oktober 1861 ins Leben getretenen Berg-Hypotheken-Commission zu Breslau ist bestellt: 1) der Bergrath Gedike von Halberstadt als Berg-Hypothekenrichter ernannt; 2) als Bergamts-Kalkulator Kundt von Waldenburg als Sekretär und Ingrossator; 3) der Bureau-Assistent Langner von Tarnowitz als Hilfsingrossator.

c. Die vormaligen Bergämter zu Waldenburg und Tarnowitz sind in Folge des Gesetzes vom 10. Juni 1861, betreffend die Competenz der Oberbergämter, mit dem 1. Oktober desselben Jahres aufgehoben worden; bei denselben ist 1) der Oberbergrath und Bergamts-Direktor Leuschner zu Tarnowitz aus dem Staatsdienst geschieden; 2) der Bergrath Förster zu Waldenburg in den Ruhestand getreten; 3) der Bergmeister Nehler in Tarnowitz mit den Geschäften der königl. Berginspektion der Friedrichsgrube bei Tarnowitz beauftragt; 4) der Bergamts-Sekretär Gerwing von Waldenburg an das Oberbergamt zu Dortmund versetzt.

H. A. **Kempen,** 3. April. [Schnelle Justiz.] Referent machte neulich Meldung von einem Doppelmorde, der von 3 russischen Soldaten, im Königreich Polen, in der von uns 4 Meilen entfernt belegenen Stadt Wielun verübt wurde, und ist heute schon in den Stand gesetzt, über das ergangene kriegsrechtliche Straferkenntniß Bericht zu erstatten. Dasselbe lautet: daß jeder dieser Verbrecher 1000 Spießruthenhiebe erhalte, — und soll die Exekution in nächster Zeit vollzogen werden.

Meteorologische Beobachtungen.

	Stationen.	Barometer bei 0 Gr. R. Par. Maß.	Luft-Temperatur. Reaumur.	Wind.	Allgemeiner Witterungs-Zustand.
Am 31. März, 8 Uhr Morg.	Wien	—	—	—	—
	Paris	27 9,54	+6,5	W. 1.	Etwas bewölkt.
	Greenwich	27 6,92	+7,5	SW. 2.	Heiter.
	Petersburg	28 0,02	—3,8	O. 4.	Schnee.
	Moskau	27 3,95	+4,7	SO. 3.	Bewölkt.
	Madrid	—	+5,0	NNW. 4.	Etwas bewölkt.
Am 2. April 8 U. Morg.	Berlin	28 0,82	+4,8	SSW. 1.	Heiter.
	Königsberg	28 3,16	+1,8	W. 1.	Bedeckt.
	Breslau	27 11,80	+7,4	W. 1.	Bewölkt.
	Köln	28 0,46	+6,4	SSW. 1.	Heiter.
	Frankfurt a. M.	27 11,22	+6,4	—	Heiter.

Breslauer Sternwarte.

3. April 10 U. Abds.	27 7,69	+9,6	SO. 1.	Heiter.
4. April 6 U. Morg.	27 7,73	+5,3	SO. 1.	Heiter.

Leipzig, 1. April. [Wollbericht von Moritz Kohner.] Im abgelaufenen Monate sind ca. 1600 Ctr. in den verschiedensten Wollgattungen, meist aber Kammwollen, auf unserem Platze gekauft worden. Für unseren Platz (die Kammgarnspinnereien in Pfaffendorf und Eutritzsch) wurden über 2000 Ctr. in Kammwollen auf verschiedenen Plätzen gekauft. Es fehlte uns an Lager für die Nachfrage und sind wir Zufuhren erwartend. Preise nicht höher, doch fester und der Artikel, namentlich Kammwollen in allen Sorten, andauernd begehrt. In den zwei Monaten bis zur Schur, in welche auch unsere Ostermesse fällt, werden wir noch Gelegenheit zu Verkäufen haben und machen wir Eigner für ihre Restlager auf hiesigen Platz aufmerksam.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 3. April, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 70, 02, fiel auf 69, 95, stieg auf 70, 10 und schloß still zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93⅞ eingetroffen. Schluß-Course: 3prz. Rente 70, —. 4½proz. Rente 98, —. 3prz. Spanier 48½. 1prz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 525. Credit-mobilier-Aktien 786. Lomb. Eisenbahn-Aktien 572. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 3. April, Nachm. 3 Uhr. Schöne warme Frühlingsluft. Consols 93⅞. 1prz. Spanier 43⅛. Mexikaner 34¼. Sardinier 81. 5proz. Russen 99. 4½prz. Russen 93.

London, 3. April. Nach mit dem Dampfer „North American" eingetroffenen Berichten aus Newyork vom 22. v. M. war der Wechselcours auf London sehr matt 111¾—112, Geld angenehmer, Goldagio 1¼—1⅜. Illinois sich bessernd 66⅛, Baumwolle steigend 28.

Wien, 3. April Mittags 12 Uhr 30 M. Beliebt und animirt. 5proz. Metall. 69, 40. 4½proz. Metall. 61, 25. Bank-Aktien 826. Nordbahn 222, 30. 1854er Loose 92, —. National-Anleihe 83, 50. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 279 — Creditaktien 199, 70. London 136, 30. Hamburg 101, 50. Paris 53 75. Gold —, —. Silber —, —. Elisabethbahn 162, 50. Lomb. Eisenbahn 277, —. Neue Loose 130, —. 1860er Loose 92, 80.

Frankfurt a. M., 3 April. Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Günstige Stimmung für österreich. Effekten, welche besser bezahlt wurden. Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbach 132⅞. Wiener Wechsel 85⅞. Darmst. Bank-Aktien 209½. Darmstädter Zettelbank 249. 5proz. Metalliq. 49. 4½proz. Met. 43⅜. 1854er Loose 66⅝. Oesterr. National-Anleihe 59¾. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 240½. Oesterr. Bank-Antheile 706. Oesterr. Credit-Aktien 170½. Neueste österr. Anleihe 68¼. Oest. Elisabetbahn 113. Rhein-Nahe-Bahn 28. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 123½.

Hamburg, 3. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Die Stimmung war fester, Geschäft jedoch beschränkt. Schluß-Course: National-Anleihe 60½. Oesterr. Credit-Aktien 72¾. Vereinsbank 101¾. Norddeutsche Bank 95¾. Rheinische 95½. Nordbahn 59¼. Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 3. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco preishaltend, ab auswärts Preise unregelmäßig. Roggen loco stille, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 82—83 bezahlt. Oel pr. Mai 27⅝, pr. Okt. 26¼. Kaffee ⅛ höher; verkauft 25,000 Sack loco Rio und Santos, schwimmend 8300 Sack Santos. Zink 2000 Ctr. pr. Frühjahr 12.

Liverpool, 3. April. [Baumwolle.] 4000 Ballen Umsatz. — Preise ¼ höher als am vergangenen Freitage.

Berlin, 3. April. Die Börse hatte heute keinen ganz entschiedenen Charakter. Es fehlte nicht an Geschäftslust, in den verschiedenen Effekten-Kategorien wurde auch ein und das andere Papier nicht ohne Lebhaftigkeit gehandelt, im Ganzen aber war die Börse stiller und je mehr sie sich dem Schlusse näherte, auch matter. Von nachtheiligem Einfluß schienen besonders die Verkäufe zu sein, welche ein bekanntes Staatsgeld-Institut in Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Aktien und Staatsschuldscheinen ausführen ließ. Der Cours dieser beiden Effekten ist denn auch erheblich zurückgegangen, während die meisten andern entweder die letzten Course so ziemlich behaupteten, wenn auch häufig nur als Briefcourse, oder doch nicht erheblich heruntergingen. Manches Papier, Nordbahn namentlich, wurde selbst höher bezahlt. Die österreichischen Sachen waren sehr fest, in Folge sehr günstiger wiener Notirungen; hauptsächlich wird die Valuta (London bis 136 abwärts) gut gemeldet. Ein Gerücht, daß Siebenbürgen den Reichsrath beschicken werde, motivirt diese Haltung der wiener Börse. Besonders still waren zinstragende Papiere, namentlich auch Prioritäten und convertirte Anleihe. (Bk. u. H.-Ztg.)

Berliner Börse vom 3. April 1862.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	100¾ bz
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	100⅝ bz.
dito 54, 55, 56, 57	4½	101 bz.
dito 1853	4	100¾ bz
dito 1859	5	107⅝ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	91¼ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	123 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102 B.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	93⅞ bz
dito dito	4	102¼ bz.
Pommersche	3½	92⅛ bz.
dito neue	4	101¼ bz.
Posensche	4	103½ G.
dito	3½	98 bz.
dito neue	4	98 bz.
Schlesische	3½	93 bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	100 à 99¾ bz.
Pommersche	4	99⅝ bz.
Posensche	4	98½ bz.
Preussische	4	99½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	98½ bz.
Sächsische	4	100 bz.
Schlesische	4	100 bz.
Louisdor	—	109¾ G.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	50⅝ etw. bz.
dito 54er Pr.-Anl.	4	67 G.
dito neue 100-fl.-L.	—	63¼ à 64 bz.
dito Nat.-Anleihe	5	61½ à ⅝ bz.
dito Bankn. n. Whr.	—	74 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	99½ B.
dito 5. Anleihe	5	84 bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	80½ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	84⅞ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92½ bz.
dito à 300 Fl.	5	94¾ G.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	83⅝ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57 B.
Baden 35 Fl.	—	31¼ etw. bz.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	88½ B.
Aach.-Mastricht.	3½	4	23 bz.
Amst.-Rotterdam	5$\frac{1}{10}$	4	91½ bz.
Berg.-Märkische	—	4	110 à 109½ bz.
Berlin-Anhalter	8¼	4	142 bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	118¼ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	184 bz.
Berlin-Stettiner	—	4	128½ bz.
Breslau-Freibrg.	6⅔	4	124 bz.
Cöln-Mindener	—	3½	181½ bz.
Franz. St.-Eisenb.	—	5	137 à 137¼ bz.
Ludw.-Bexbach.	8	4	132 bz.
Magd.-Halberst.	22½	4	297 bz.
Magd.-Wittenbrg.	—	4	44½ bz
Mainz-Ludw. A.	—	4	123¼ à ¾ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	56¼ bz.
Münster-Hammer	—	4	98½ B.
Neisse-Brieger	3½	4	71½ G.
Niederschles.	4	4	98 bz.
N.-Schl.-Zweigb.	1½	4	59½ G.
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	60 à 60¼ bz.
dito Prior.	—	4½	102½ G.
Oberschles. A.	7$\frac{9}{10}$	3½	143¼ à ¾ bz.
Oberschles. B.	7$\frac{9}{10}$	3½	126 bz.
dito C.	7$\frac{9}{10}$	3½	143¼ à ¾ bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	89½ B.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	97½ B.
dito Prior E.	—	3½	87 bz.
dito Prior F.	—	4½	101¼ bz.
Oppeln-Tarnow.	⅘	4	40½ à 41 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	—	4	60½ à 61 bz.
Rheinische	—	4	96½ à 96 bz.
dito (St.) Pr.	—	4	99¾ G.
dito Prior.	—	4	96 G.
dito III. Em.	—	4½	99¾ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	27¾ à ½ bz.
Ruhrort-Crefeld.	3$\frac{4}{15}$	3½	93¾ B.
Starg.-Posener	—	3½	91 bz.
Thüringer	6⅜	4	117 B.
Wilhelms-Bahn	—	4	44 à 46 bz.
dito Prior.	—	4	92½ bz.
dito III. Em.	—	4½	98 G.
dito Prior St.	—	4½	91 bz.
dito dito	—	5	92 bz.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein.	5$\frac{1}{15}$	4	116 G.
Berl.-Hand.-Ges.	—	4	87 bz.
Berl. W.-Cred. G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	78 B.
Bremer „	5⅔	4	104 bz.
Coburg. Credit-A.	3	4	68 G.
Darmst. Zettel-B.	8⅔	4	93½ B.
Darmst. Credb.-A.	5	4	83¾ bz.
Dess. Creditb.-A.	—	4	6⅞ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	—	4	97 bz u. G.
Genf. Creditb.-A.	—	4	42¾ bz u. G.
Geraer Bank	5¾	4	85⅛ G.
Hamb. Nrd. Bank	5	4	94 etw. bz. u. G.
„ Ver. „	5$\frac{5}{16}$	4	101 G
Hannov. „	—	4	96½ bz.
Leipziger „	—	4	73¼ bz.
Luxembrg. „	10	4	100 B.
Magd. Priv. „	4$\frac{3}{10}$	4	90¼ B.
Mein.-Creditb.-A.	6	4	88 bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	28 bz.
Oester. Crdtb.-A.	7¾	5	73¼ à ½ bz (excl. D.
Pos. Prov.-Bank	[illegible]	4	86 bz u. G.
Preuss. B.-Anthl.	4$\frac{7}{10}$	4½	120 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	97 B.
Thüringer Bank	2⅝	4	55 etw. bz.
Weimar. Bank	4	4	80 B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143 bz.
dito	2 M.	142 bz.
Hamburg	8. T.	150⅞ bz.
dito	2 M.	150⅜ bz.
London	3 M.	6. 21¼ bz.
Paris	2 M.	79¾ B.
Wien österr. Währ.	8 T.	73¾ bz.
dito	2 M.	73¼ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅛ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 bz.
Petersburg	3 W.	92¾ b. 3 M. 92 bz.
Warschau	8 T.	83¾ bz.
Bremen	8 T.	109⅞ bz.

Berlin, 3. April. **Weizen** loco 65—77 Thlr. nach Qualität. — **Roggen** loco 82pfd. 51⅞ Thlr., zwei Ladungen 80—81pfd. 51¼—½ Thl. bez., 79—80pfd. 51 Thlr. bez., Frühjahr 49¾—50 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 49¾—50—49⅝ Thlr. bez. und Gld., 50 Thlr. Br., Juni-Juli 49¾—50—49⅞ Thlr. bez. und Gld., 50 Thlr. Br., Juli-August 49⅜—½ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 48¼—½—¼ Thlr. bez. — **Gerste,** große und kleine, 33—38 Thlr. pr. 1750 Pfd. — **Hafer** loco 22—25 Thlr. nach Qualität, Lieferung pr. Frühjahr 23 Thlr. bez., Mai-Juni 23½ Thlr. bez., Juni-Juli 24 Thlr. bez., Juli-Aug. 24½ Thlr. bez. — **Erbsen, Koch- und Futterwaare** 48—57 Thlr. — **Rüböl** loco 12½ Thlr. Br., April und April-Mai 12$\frac{5}{12}$—$\frac{7}{24}$—⅜ Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 12$\frac{5}{12}$—½ Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 12⅝ Thlr. Br., ½ Thlr. Gld., Sept.-Oktbr. 12⅜—$\frac{5}{12}$ Thlr. bez. — **Leinöl,** loco 13⅔ Thlr. Br., Lieferung 12¾ Thlr. — **Spiritus** loco ohne Faß 17$\frac{7}{24}$—¼ Thlr. bez., April und April-Mai 17¼—⅙—⅙ Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 17⅓—$\frac{5}{12}$ Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 17¾—$\frac{17}{24}$ Thlr. bez. und Gld., ¾ Thlr. Br., Juli-August 18⅙—18—$\frac{1}{12}$ Thlr. bez., Br. und Gld., Aug.-Septbr. 18⅜—$\frac{7}{24}$—⅓ Thlr. bez. und Br., ¼ Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 18⅓ Thlr. Br., ¼ Thlr. Gld.

Weizen ohne Handel. Roggen loco war der Umsatz nur schwach, weil Eigner auf hohe Forderungen halten. Termine eröffneten sehr fest und besserten sich bei einer guten Kauflust im Verlaufe und schließen gefragt. Hafer unverändert. Gekündigt 4700 Ctnr. Rüböl anfänglich unter starken Realisationen im Werthe nachgebend, befestigte sich im Laufe des Geschäfts und schließt fest. Das Geschäft war ziemlich rege. Spiritus eröffnete sehr fest und wurden alle Sichten bei überwiegender Frage etwas besser bezahlt, die jedoch durch vermehrtes Angebot ihre gewonnene Avance wieder einbüßten. Gekündigt ca. 150,000 Quart.

---

* **Breslau,** 4. April. Wind: Ost. Wetter: sehr schön. Thermometer Früh 9° Wärme. Die Zufuhren von Gerste waren heut ziemlich belangreich, von Weizen wie bisher, von Roggen und Hafer mittelmäßig, der Geschäftsverkehr blieb ohne bemerkenswerthe Ausdehnung.

Weizen anhaltend flau; pr. 85pfd. weißer 68—83 Sgr., gelber 68—82 Sgr. — **Roggen** eher fester; pr. 84pfd. 51—55—59 Sgr. — **Gerste** fand in billigen Offerten schwache Beachtung; pr. 70pfd. weiße 36—38 Sgr., gelbe 33—35 Sgr. — **Hafer** still; pr. 50pfd. schlesischer 23—24—26 Sgr. — **Erbsen** und **Wicken** unbeachtet. — **Bohnen** ohne Frage. — **Oelsaaten** ruhiger. — **Schlaglein** matter.

	Sgr. pr. Schfl.		Sgr. pr. Schfl.
Weißer Weizen	68—75—85	Wicken	35—40—44
Gelber Weizen	68—75—85	Bohnen	58—64—68
Roggen	51—55—59		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Gerste	33—35—39	Schlagleinsaat	165—180—205
Hafer	22—25—27	Winterraps	200—215—230
Erbsen	45—50—56	Sommerrübsen	170—190—205

Kleesaat fast ohne Umsatz bei sehr flauer Stimmung; **rothe** 6—9 bis 10½—11½—12¾ Thlr., **weiße** 8—11—15—17—18½ Thlr.

Thymothee flau, 5—7—8½ Thlr. pr. Ctr. — **Kartoffeln** ruhiger, pr. Sack à 150 Pfd. netto 24—27 Sgr., pr. Metze —.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl matt, pr. Ctr. loco und Termine 11⅔ Thlr. eher Br. — **Spiritus** pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 15$\frac{11}{12}$ Thlr. Geld, pr. Frühjahr 16⅙ Thlr. Geld

---

Posen, 3. April. Wetter: schön. **Roggen:** fest. Gek. 25 Wispel Loco per d. Monat 43⅓—$\frac{7}{24}$—¼ bez. u. Gld., April-Mai 43⅙ bez. u. Gld., ¼ Br., Mai-Juni do., Juni-Juli 43⅓ Gld., Juli-Aug. 43½ Gld., ¾ Br., Sept.-Oktbr. 43 Br.

Spiritus: behauptet. Gek. 18,000 Qrt. Loco per d. Monat 16⅙ bez., Gld. u. Br., Mai 16⅓ bez., Br. u. Gld., Juni 16⅔ bez., Br. u. Gld., Juli 16⅚ Br., ¾ Gld., August 16$\frac{11}{12}$ bez. u. Br., September 17⅓ Br.

Hartwig Kantorowicz Söhne.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.